

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinsten Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Frachten. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Inhaberschaft des Blattes 1/2, außerhalb der Amtshauptmannschaft 7/8, im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Rückfragen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 235

Freitag den 7. Oktober 1921

87. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Stochholzverkauf.

Im Stadtwalde sind noch 26 Parzellen Stochholz vorhanden, die durch Verlosung unter den Interessenten zum Verkauf gebracht werden sollen. An der Verlosung können nur solche Einwohner teilnehmen, die Holz wirklich dringend benötigen. Sie haben sich **sofort und spätestens bis Sonnabend, den 8. ds. Mts.** im Rathaus Zimmer Nr. 17 zu melden.

Dippoldiswalde, am 5. Oktober 1921.

Dorstadt.

Bekanntmachung.

Der nächste Versorgungssprechtag in Dippoldiswalde findet am 13. Oktober 1921 im Gasthof „zum Amtshof“ in der Zeit von mittags 1 Uhr bis nachmittags 4 1/2 Uhr statt.

Pirna, den 4. Oktober 1921.

Versorgungssamt Pirna.

Wegen Brückenbau in Tal Raundorf wird der Verkehr nach Raundorf über die Mühlbrücke und Mühlhof verwiesen. Raundorf.

Dor Gemeindevorstand.

Sächsischer Landtag

(Schluß der Sitzung vom 4. Oktober.)

Die Anträge der Deutschnationalen bezüglich der zu Gewalttaten auffordernden Äußerungen des Unterrichtsministers Fleischer werden von den Antragstellern zurückgezogen und bis auf den November vertagt. Nachdem die Verhandlungen bereits sieben Stunden gedauert haben, folgten dann eine Reihe von kommunistischen Agitationsanträgen, z. B. die Erlassung einer Amnestie, Wählbarkeit der Richter usw., die Kommunist Siewert in längerer Rede begründet. Abg. Kranz (Kom.) begründet die Amnestieanträge und verlangt ein Volkstribunal zur Aburteilung politischer Morde. Die Anträge der Kommunisten gingen an den Rechtsausschuß. Ein aus 12 Mitgliedern zusammengesetzter Untersuchungsausschuß soll sich gemäß dem Antrag Hoffmann mit den Umständen bei der Sipo beschäftigen. Der kommunistische Antrag auf Bewilligung von 250 000 M. zur Linderung der durch das Oppauer Unglück entstandenen Not wurde abgelehnt und nach dem Vorschlag der Regierung 100 000 M. bewilligt. Der Antrag auf Bewilligung von 250 000 M. für die Hungernden in Sowjet-Rußland findet den Widerspruch des Ministerpräsidenten Buch, der auf Sammlungen von Gemeinden und Privaten hinweist. Der Antrag ging an den Haushaltsausschuß.

Die nächste Sitzung der Kammer findet Anfang November statt.

Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Nach Beendigung der Michaelisferien hat am heutigen Donnerstag der Unterricht des Winterhalbjahres begonnen. In Anwesenheit von Klasse B IV, eines Vertreters des Schulausschusses, sowie Vertretern der Lehrerschaft wurde Herr Lehrer Hesse als ständiger Lehrer an die durch Weggang des Herrn Lehrer Gelsler freigewordene Stelle durch den Schulleiter, Herrn Kantor Schmidt, eingewiesen. — Die Eltern der Kinder werden erneut dringend gebeten, die Kinder recht pünktlich, d. h. nicht zu spät, vor allem aber auch nicht zu früh, sondern kurz vor Beginn des Unterrichts zur Schule zu schicken.

Ein großer Demonstrationzug, der zwei große rote Fahnen in seiner Mitte trug, kam heute Donnerstag gegen 7 1/2 Uhr in unserer Stadt an, umzog den Marktplatz und begab sich dann nach der Amtshauptmannschaft. Hier sagte der Bezirksausschuß. Es wurde eine Rede gehalten und in ihr Protest gegen die hohen Kartoffelpreise eingelegt. Im Anschluß hieran verlangte man die Herren Oekonomierat Weide und Dr. Pinder, Vorsitzender und Geschäftsführer des Landbundes, zu sprechen.

Seltene Himmelserscheinungen werden wir im Oktober und November zu bewundern haben. Die beiden großen Planeten Jupiter und Saturn sind das ganze Jahr hindurch einander im Sternbild der Jungfrau ziemlich nahe. Ende Oktober kommen noch Venus und Mars dazu. Mars, Saturn, Jupiter und Venus werden fast in gleicher Linie stehen, in etwa gleichen Abständen, und nicht weit davon der hellste Stern in der Jungfrau, die Spika. Das verkaufte Sternbild der Jungfrau wird dadurch unkenntlich. Jene Region des Himmels tritt Morgens in Erscheinung, am schönsten um den 1. November.

Nachdem der Zwang zur Melde- und Bezugspflicht für einen großen Teil der Brennstoffe mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 beseitigt worden ist, hebt das sächsische Arbeitsministerium seine Bekanntmachungen über das Preisverbot für Theater usw. auf.

— Die Offizierlaufbahn im neuen Reichs-Deer. Durch die Erfahrungen des Weltkrieges haben sich die Anforderungen an das Fachwissen des Offiziers erheblich gesteigert. Dem wird jetzt durch eine sehr gründliche Vorbildung Rechnung getragen. Der Offizieranwärter ist in dieser Periode seiner Ausbildung so gestellt, daß er einer besonderen Beihilfe aus eigener Tasche nicht mehr bedarf. Neben den geldlichen Bedürfnissen stehen ihm Dienstbekleidung, Unterkunft und Verpflegung in Naturalbeizügen unentgeltlich zu. — Um sich der Offizierlaufbahn widmen zu können, ist entweder der Nachweis des Abiturientenzeugnisses oder das Bestehen zweier allgemeinwissenschaftlicher Prüfungen die unerläßliche Vorbedingung. Der Diensttritt kann nur am 1. April bei einem selbstgewählten Truppenteil erfolgen. Die Ausbildung zum Offizier nimmt bei den mit einem Abiturientenzeugnis versehenen Freiwilligen mindestens 4 Jahre in Anspruch. Die Beförderung zum Offizier erfolgt dann nach Maßgabe freierwerdender Stellen innerhalb des Heeres in der Reihenfolge der Offizierprüfungszeugnisse. Wer kein Abiturientenzeugnis besitzt, hat einen um rund 2 Jahre längeren Kursus durchzumachen, da er sich erst die allgemeinwissenschaftliche Bildung anzueignen hat, bevor er der Offizieranwärterprüfung sich unterziehen kann. Vor der Beförderung zum Offizier ist eine erneute Verpflichtung auf 25 Jahre einzugehen. Befreiungen hiervon können nur ganz ausnahmsweise gewährt werden.

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß der Kartoffelkrebz in Sachsen ziemlich stark auftritt. Besondere Seuchenherde sind die Gegenden um Dresden, in der sächsischen Schweiz und in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg Stäbengrün, Ober- und Niederschlema. Es wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in einer Verordnung vom 4. April 1918 die Meldepflicht eingeführt hat. Krebsverdächtige Erscheinungen an ausgepflanzten, geernteten oder aufgeschichteten Kartoffeln sind darnach sofort der Ortsbehörde anzuzeigen. Auf den Feldern, auf denen kranke Kartoffeln festgestellt worden sind, dürfen nur die von der Hauptstelle für Pflanzenschutz an der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden genehmigten krebsimmunen Sorten angebaut werden.

Glasbütte. Der letzten Gemeinderatsitzung lag der Antrag des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften auf Errichtung einer sächsischen Fleischerei vor und zwar der hohen Fleischpreise wegen. Nach Aussprache setzte man einen sieben-gliedrigen Ausschuß ein zur Weiterberatung der Sache.

Dresden. Ueber das Vermögen des System-Konzerns wurde der Konkurs eröffnet.

Heidenau. Der Gaspreis wurde auf 1,55 M. festgesetzt. **Freiberg.** Die Freiwillige Turnerfeuerwehr begeht Sonntag den 16. Oktober die Feier des 60-jährigen Bestehens. Nachmittags findet Prüfung auf dem Turnplatz statt mit anschließendem Sturmangriff nach dem Obermarkt. Abends Festschmaus im Tiroll.

Freiberg. Um das Fortbestehen der Freiburger Handels- und Gewerbeschule zu ermöglichen, ist die städtische Beihilfe für die Anstalt von 15 000 auf 30 000 M. erhöht worden. Die Stadtverordneten haben die Ratsvorlage nach längerer Debatte angenommen.

Obersprohna. Eine Erhöhung der Mieten um mindestens 60% der Friedensmiete beschloß der hiesige Hausbesitzerverein.

Schwarzenberg. Der Bezirksverband der freiwilligen Feuerwehren der hiesigen Amtshauptmannschaft, welcher 44 Wehren mit 2415 Mitgliedern zählt, hielt in Oberschlema den 33. Bezirksstag ab. Dabei wurde auch die älteste Feuerspritze der Amtshauptmannschaft, der im Jahre 1700 vom staatlichen Manufakturenwerk daselbst erbaute „Stöber“, der mit gewaltiger Kraft einen starken Wasserstrahl schleudert, im Betriebe vorgeführt. Bemerkenswert war die Mitteilung des Vorsitzenden, daß das Ehrenzeichen für 40-jährige Dienstzeit nicht mehr verliehen, dafür eine Rente gewährt wird, worauf 240 Feuerwehrleute im Bezirke Anspruch haben.

Aue. Die Bauarbeiter sind Montag früh wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Sie verlangen denselben Stundenlohn, wie er in Höhe von 9,50 M. von einer seit einiger Zeit hier beschäftigten Leipziger Firma gezahlt wird.

Zwickau. Unsere Stadt hat die Preise für Bäder im Johannisbad abermals erhöht. Trotzdem wird das Johannisbad in diesem Jahre wieder mit über 200 000 M. Fehlbetrag rechnen müssen.

Glauchau. Stadtrat Kraß hier ist von den städtischen Kollegien in Penig zum Bürgermeister gewählt worden.

Reßbach. Der Stadtrat zu Reßbach hat auf Christgrüner Flur 5 Hektar mit noch im Felde befindlichen Kartoffeln gekauft und diese große Fläche beauftragt zu einem mäßigen Preise abzugeben. Auf diese Weise sind etwa 1000 Zentner Kartoffeln verteilt worden.

Plauen i. V. Bei den Elternratswahlen fielen auf die Liste der Wählervereinigung christlicher Eltern 111, auf die Liste der vereinigten sozialdemokratischen Parteien 56 und auf die Liste der Kommunisten 9 Sitze.

Werbau. Das Verwaltungsgebäude des hiesigen Güterbahnhofes ist um ein Stockwerk, das dritte, erhöht und ausgebaut worden.

Obbein. In Kleinbauchitz bei Obbein fand am Sonntag die Urabstimmung über die Frage der Eingemeindung statt. Es wurden 335 Stimmen für und 236 gegen die Eingemeindung abgegeben. Ein großer Teil der Einwohnerschaft, wie man hört 378, haben sich der Abstimmung enthalten.

Hainichen. Rat und Stadtverordnete beschloßen die einmalige Erhebung einer Gewerbesteuer, von der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ausgeschlossen sein sollen.

Regis-Breilungen. Ein hiesiger Postbote rettete im benachbarten Throna vor einem in rasendem Tempo durchfahrenden Auto zwei kleine spielende Kinder vor dem Ueberfahrenwerden, und zwar unter eigener Lebensgefahr. Obwohl der Postbeamte selbst in den Straßengraben geschleudert wurde, blieben die Kinder unversehrt. Die Insassen des Autos, anscheinend Ausländer, belohnten den Lebensretter mit einem 1000-Marktscheln.

Borna bei Leipzig. Gelegentlich der Ballmusik kam es am Sonntag abend in einem hiesigen Tanzsaal zu Streitigkeiten, wobei ein hier beschäftigter Zimmergeselle aus Bapern mit einem Taschenmesser derartig in die Brust gestochen wurde, daß er auf ärztliche Anordnung sofort im Stadtkrankenhaus untergebracht werden mußte.

Kamenz. Wegen Herabsetzung der Fleischpreise fand auf Ansuchen der Gewerkschaftskartelle der Amtshauptmannschaft Kamenz eine Besprechung mit den Fleischern und Händlervertretungen statt, die ergebnislos verlief. Es wurde beschlossen, daß die Ortsausschüsse mit der am Orte befindlichen Fleischerninnung in einer gemeinsamen Sitzung nochmals die Frage eingehend erörtern.

Bautzen. Der Bezirksstag nahm folgende Entschlieung an: Er verurteilt das Verhalten der Produzenten, die die Lebensmittelpreise über das nötige Maß hinaus steigern. Er mißbilligt die gegenwärtige Höhe der Kartoffelpreise und bedauert, daß er nicht in der Lage ist, von sich aus Preise festzusetzen. Er ersucht erstens: die Landwirte, dafür zu sorgen, daß die in Dresden festgesetzten Richtpreise für den Bautzener Bezirk niedriger gehalten, werden als gegenwärtig und daß über diese hinaus nicht verkauft wird; zweitens: die Regierung, allgemein die Preisbildung erträglich zu gestalten; drittens: die Amtshauptmannschaft, den Gemeinden Wege zum Bezuge von Kartoffeln zu zeigen.

Löbau. Rückwirkend vom 1. April 1921 wurde die Grundsteuer in Löbau, die bisher 32 Pf. für die Einheit betrug, um das Fünffache auf 1,70 M. erhöht. Die Hausbesitzer haben daraufhin den Antrag gestellt, die Steuer auch rückwirkend auf die Mieten umzulegen, da sie die höhere Belastung aus eigenen Mitteln nicht tragen können.

Die Koalitionsverhandlungen.

Zwei Bedingungen des Zentrums und der Demokraten.

Die Bildung der großen Regierungskoalition der Mitte im Reich ist nach wie vor Gegenstand der Verhandlungen innerhalb der Fraktionen. Wie verlautet, haben Demokraten und Zentrum die bekannte Frage der Unabhängigen, ob sie bereit seien, auf der Grundlage des bekannten Mindestprogramms einer Koalition mit den Unabhängigen zuzustimmen, nicht prinzipiell ablehnend beantwortet. Sie haben aber ihre Zustimmung zu einem etwaigen Eintritt der Unabhängigen in die Regierung von folgenden drei Bedingungen abhängig gemacht.

Erstens sollen die Unabhängigen, deren offizielles Programm bekanntlich die Diktatur des Proletariats fordert, sich unambiguitätig auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen, zweitens muß zuvor eine Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielt werden, und drittens soll die Deutsche Volkspartei in eine eventuelle Koalition mit den Unabhängigen einbezogen werden. Es ist kaum anzunehmen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie auf die Forderung eines Zusammengehens mit den Volksparteilern eingeht wird, ganz

0.
1.
2.
3.
4.
5.
6.
7.
8.
9.
10.
11.
12.
13.
14.
15.
16.
17.
18.
19.
20.
21.
22.
23.
24.
25.
26.
27.
28.
29.
30.
31.
32.
33.
34.
35.
36.
37.
38.
39.
40.
41.
42.
43.
44.
45.
46.
47.
48.
49.
50.

U.

eb.

abgesehen davon, daß auch die Volksparteier von einer solchen Koalition nichts wissen wollen.

Wachsende Haltung der Deutschen Volkspartei.

Die parteiunabhängige „Nationalliberale Korrespondenz“ erklärt, daß die Deutsche Volkspartei eine Zusammenarbeit mit den Unabhängigen in einer Koalition ablehnen müsse, da eine praktische Arbeitsgemeinschaft mit ihnen ein Ding der Unmöglichkeit sei. Darüber ließen die Mindestforderungen, die in der Erwiderung der Unabhängigen aufgezählt sind, auch wenn sonst keine Hinderungsgründe beständen, nicht den geringsten Zweifel. Diese Forderungen bedeuten politisch und wirtschaftlich eine so starke Steuerumwandlung nach links, daß die politische Mittellinie damit vollständig verlassen werde. Daß sich die Deutsche Volkspartei daran nicht beteiligen könne, sei selbstverständlich.

Durch diese Erklärung der Deutschen Volkspartei sowie auch durch die Antwort der Mittelparteien an die Unabhängigen ist die Situation erheblich geklärt. Die von den Mehrheitssozialisten angestrebte Koalition unter Einbeziehung der Unabhängigen ist, wie eigentlich von vornherein anzunehmen war, angesichts der großen Gegensätze zwischen den Unabhängigen und den bürgerlichen Parteien unmöglich. Die Mehrheitssozialisten werden sich nun entscheiden müssen, ob sie auf die Regierungsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei oder mit den Unabhängigen mehr Wert legen. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß die Sozialdemokratie sich aus taktischen Gründen vor dem 16. Oktober, dem Tag der Berliner Städtewahlen, nicht darüber schlüssig werden wird, welche Stellung sie praktisch zur Frage des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung einnehmen wird.

Wie im Reich, wird auch in Preußen die Frage der Regierungsbildung gegenwärtig nur innerhalb der Fraktionen besprochen. Doch werden die Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Stegerwald und den Parteien bereits in der nächsten interfraktionellen Sitzung fortgesetzt werden.

Die Weltwirtschaftskrise.

Besorgte Stimmen aus England.

Anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Inverness hielt Lloyd George eine hochpolitische Rede über die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise.

Für Arbeitslosigkeit sagte Lloyd George, die heutige Arbeitslosigkeit sei nicht eine gewöhnliche Handelsdepression, sondern sie sei auf die anormale Verhältnisse und die zerrüttenden Folgen des Krieges zurückzuführen. Sie sei ein Weltproblem. Man könne kein Geschäft betreiben, während die Schwankungen des Wechselkurses fortdauerten. Es wäre daselbe, wie wenn man versuchen würde, bei bewegter See auf einem Ozeandampfer Billard zu spielen. Der Kredit Englands sei unendlich höher als der irgend eines anderen am Krieg beteiligten Landes in Europa. Er sei zuverlässig, daß die Lage sich allmählich festigen werde, wenn die Nationen einsehen, daß gute Beziehungen wesentlich seien für die nationale Wohlfahrt.

Der englische Ministerpräsident bewegte sich bei seinen Ausführungen über die Ursachen des Niederganges des englischen Handels nur in allgemeinen Andeutungen, doch ist nicht zu verkennen, daß auch er ebenso wie die englischen Industriekreise, die Wurzel alles Übels im letzten Endes in dem Versailler Friedensvertrag erblickt. Man kann es verstehen, daß ihm als Haupturheber des Gewaltfriedens ein offenes Eingeständnis der verfehlten Versailler Politik schwer fällt und daß gerade er sich nicht leicht dazu entschließen kann, die Initiative zu einer Revision des Friedensvertrages zu ergreifen. Die von Tag zu Tag wachsende Wirtschaftskrise wird ihn aber zögerlich zu einer Herabsetzung oder Stundung der Reparationsverpflichtungen drängen, wenn nicht die englische Weltwirtschaft in die deutsche Katastrophe mit hineingerissen werden soll.

Die englische Presse verfolgt übrigens mit großer Besorgnis die täglich sich verschärfende Wirtschaftskrise in Deutschland und fordert von den Alliierten dringende Gegenmaßnahmen. Wenn — so erklärt „Manchester Guardian“, eines der angesehensten Blätter Englands — Deutschland mit einer Beschwindigkeit abwärts rücke, die in wenigen Monaten zu seinem finanziellen Zusammenbruch führen werde, so sei das mehr, als England sich leisten könne. Dies müsse, wenn möglich, verhindert werden. Der Verlust des englischen Anteils an den Reparationen würde dann nichts sein, verglichen mit dem Schaden, den England erleide, wenn das industrielle Deutschland in den Zustand Polens verfallen sollte. Andererseits würde England durch eine Stabilisierung der deutschen Finanzen und durch Wiederherstellung Deutschlands mehr gewinnen, als es je aus den Reparationen herauszubekommen hoffen könne. Wenn jedoch die deutsche Mark den Weg der polnischen Mark gehen würde, so würden die Handelsbeziehungen Englands mit dem Festlande noch mehr in Unordnung gebracht werden, als dies bereits jetzt der Fall sei. Der englische Außenhandel werde nicht gesund und die ausländischen Wechselkurse nicht stetig werden.

Pariser Stimmungsmache.

Übernehmen des Sillerbundes über Oberschlesien?

Die Pariser Presse überschüttet die Welt mit einer wahren Sturzflut von Nachrichten über die ober-schlesische Entscheidung, die man samt und sonders mit größter Vorsicht aufnehmen darf. Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ soll der Sillerbundrat zu einem völligen Einvernehmen über die ober-schlesische Frage gelangt sein und nur noch einige Einzelfragen zu regeln haben. Der „Matin“ behauptet, daß der Rat bereits am 29. September den entscheidenden Beschluß gefaßt hätte.

Der Newer Berichterstatter der „Information“ behauptet sogar, daß die Sforzalinie mit einigen leichten Abänderungen zum Vorteile Polens angenommen wurde. Außerdem würde eine internationale

Kommission das Industriegebiet zu verwalten haben. Zwischen Deutschland und Polen würden wirtschaftliche Abmachungen getroffen werden, damit Schwierigkeiten, die man jetzt nicht voraussehen könne, leicht aus der Welt geschafft werden können. Deutschland und Polen würden sofort in den Besitz der ihnen zugewiesenen Gebiete gelangen.

Nach dem „Intransigent“ unterscheidet sich die jetzige Linie des Sillerbundesrats von der Sforza-Linie hauptsächlich dadurch, daß sie die Verteilung Deutschlands verhindert.

Alle diese Meldungen enthalten so viel Sinnwidrigkeiten, daß ihre Glaubwürdigkeit mit Recht bezweifelt werden kann. Es läßt sich die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß der ganze Pariser Pressewirrwarr über Oberschlesien absichtlich aufgeführt worden ist. Sehr wahrscheinlich ist die Entscheidung des Sillerbundes noch gar nicht gefallen und steht möglicherweise auch nicht einmal so nahe bevor, wie die Pariser Boulevardpresse es darzustellen sucht.

Das Goldangebot der Industrie.

Amerikanische Kredite in Aussicht.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich bekanntlich auf seiner Münchener Tagung zu Verhandlungen darüber bereit erklärt, wie unter Ausnutzung des Kredits, den die deutsche Industrie im Auslande genießt, der Reichsregierung Gold und Devisen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zur Verfügung gestellt werden können. Sie setzte dabei voraus, daß die übrigen Kreise der Wirtschaft, Landwirtschaft, Handel, Banken und Bankiers in gleicher Weise sich betätigen, und daß unverzüglich wirksame Maßnahmen durchgeführt werden, die die jetzige Finanzwirtschaft, die den Kredit des Reiches und der Privatwirtschaft untergräbt, beseitigen.

In Anbetracht der deutschen Industrie steht man der geplanten Aktion optimistisch gegenüber, umso mehr, als bereits auf die ersten Zeitungsnachrichten hin mehrere Anerbietungen beträchtlicher Kautelen seitens großer amerikanischer Finanzgruppen hier eingegangen sind, die sich bereit erklären, ihre Vertreter zur Aufnahme von Verhandlungen nach Deutschland zu schicken.

Im übrigen ist ein Ausschuss eingesetzt worden, der die weiteren Verhandlungen zwischen der Industrie und der Regierung führen soll. Dem Ausschuss gehören u. a. an: Dr.-Ing. H. C. Sorge, Vorsitzender des Präsidiums des Reichsverbandes der deut-

schen Industrie, Karl Friedrich von Siemens, Hugo Stinnes, Direktor Hans Kramer, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Geheimrat Dr. Häger, Vorsitzender des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Generaldirektor Hilger, Reichstagsabgeordneter Eugenberg, Direktor Mann, Generaldirektor Neusch, Geheimrat Wiedefeld, Geheimrat Duisberg und Geheimrat von Borjig.

Der Unsinn von Versailles.

Soeben ist die Uebersetzung eines von dem bekannten amerikanischen Professor John Firman Coar in der „Weekly Review“, einer Wochenchrift, die dem amerikanischen Außenminister nahesteht, veröffentlicht worden. Der Verfasser äußert sich über die Verantwortung für die gegenwärtige Weltlage. Er behauptet, daß das Ergebnis einer Studienreise durch Deutschland enthält. Eingangs schildert er, wie nach seiner Ansicht die Mehrzahl der Deutschen gegenwärtig die Weltlage beurteilt und stellt dabei als letzten Punkt auf:

„Unter den bestehenden Verhältnissen können die von der Entschädigungskommission geforderten jährlichen Zahlungen nicht geleistet werden. Es mag möglich sein, ihnen unter geänderten Verhältnissen nachzukommen. Die Deutschen werden bestimmt ihr Bestes tun, wenn ihnen gerechte oder vernünftige Möglichkeiten gegeben sind.“

Zur Begründung dieses Satzes, den er rüchellos unterschreibt, führt er aus: „Aber wenn ich selbst den letzten Satz vorbehaltlos unterschrieben habe, muß ich auch in diesem Artikel die bestehenden Verhältnisse, welche die geforderten Reparationen unmöglich machen, zusammenfassen. Es sind die folgenden:

1. Die ober-schlesische Frage, besonders wenn dieses Gebiet oder ein wichtiger Teil davon von Deutschland genommen wird.

2. Die sogenannten Sanktionen.

3. Die jährliche Wiedergutmachungszahlung in Verbindung mit der 26prozentigen Ausfuhrabgabe.

4. Die Befragung deutschen Gebietes durch die Alliierten, besonders durch die Franzosen.

Ferner sagt der Amerikaner sehr treffend: „Jeder der vier Sätze, welche sich aus dem Versailler Friedensvertrag direkt oder indirekt ergeben haben, muß noch einmal im einzelnen durchgesprochen werden, aber hier mag gesagt sein,

erstens, daß der Verlust Oberschlesiens Deutschland wenigstens 10 Prozent des jährlichen Rohgewinnes, der nur für den eigenen Verbrauch verfügbar ist, entzieht, und daß die bloße Möglichkeit seines Verlustes Deutschlands politische, ökonomische und soziale Lage gefährlich verschlechtert hat,

zweitens, daß die sogenannten Sanktionen das ökonomische Leben eines der bevölkersten und günstigsten Teile Deutschlands ernstlich geschädigt haben (nämlich den Randstrich westlich vom Rhein), Deutschlands Innenhandel und die Industrien östlich vom Rhein zu zerrütten drohen und Deutschlands Außenhandel föhren,

drittens, daß Deutschlands jährliche Reparationszahlungen (die Höhe seiner Ausfuhr) zusammen mit 26 Prozent Steuern (durch welche, wie wir sehen werden, eine handels lähmende Ungewißheit bewirkt) eine unbedeutende Minderung des Exports, ein anwachsendes Unvermögen, Reparationen in Gold oder Gleichwertigem zu bezahlen, eine mathematisch fortschreitende Inflation des Papiergeldes und den schließlichen Zusammenbruch des Reiches herbeizuführen drohen,

viertens, daß die Okkupation des linken Rheinuferes nicht zu einer jährlichen Ausgabe

von Milliarden von Mark zu rein unproduktiven Zwecken (Okkupationsarmee) verpflichtet, welche Ausgabe viel besser zur Reparationsrechnung getan werden könnte, sondern ein verstärktes Fab- und Handwerksgeflügel erzeugt, gegen das, wenn die Haltung sich noch länger fortsetzt, kein gesunder Gedanke mehr fähig sein wird, die Oberhand zu behalten.“

Das Tragen der Militäruniform.

Die neuen Bestimmungen.

In Ausführung des § 2 der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 wird vom Reichspräsidenten folgendes bestimmt:

Die zum Tragen der Militäruniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht dürfen dieses Recht in folgenden Fällen ausüben:

1. bei Anlässen an den hohen kirchlichen und gesellschaftlichen Feiertagen.
2. bei wichtigen Familienfeierlichkeiten und Dienstreisen.
3. bei Gelegenheitsausgängen von Kameraden.
4. bei der Teilnahme an Festlichkeiten und kameradschaftlichen Zusammenkünften der Reichswehrangehörigen.
5. bei solchen feierlichen Veranstaltungen und politischen Versammlungen, hinsichtlich deren der zuständige Befehlshaber (Marineattaché) die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat.

Die Uniform muß mit den für ehemalige Heeres- und Marineangehörige vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verboden ist das Tragen von Bändern, Armbinden, Baretinschleiern und dergleichen, deren Tragen zur Militäruniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Bekleidungsbestimmungen, die für in Dienst der Friedenskommission stehende inaktive Offiziere gegeben sind, werden hierdurch nicht berührt. Das bisherige Recht der Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.

Politische Rundschau.

Berlin, den 6. Oktober 1921.

Reichspräsident Dr. Ebert hat sich zu einem kurzen Erholungsurlaub in seine engere Heimat begeben, von wo er Ende dieser Woche nach Berlin zurückkehren wird.

Vor dem Reichsgericht beginnen in der nächsten Woche wieder die sogenannten Kriegsbeschuldigtenprozesse. Die Verhandlungen erstrecken sich zunächst nur auf Armeefälle.

Die mit einer Schadenersatzforderung verbundene Beschwerde des deutschen nationalen Handlungsgesellschaftenverbandes gegen das Verbot seiner Weimarer Gautagung ist vom Reichspräsidenten zurückgewiesen worden.

Die Münchener Mehrheitssozialisten haben einen Antrag auf Billigung der Weimarer Beschlüsse abgelehnt und der Reichsparteileitung ein Zusammengehen mit den Unabhängigen empfohlen.

Der neue Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Wg. Marx, bisher Landgerichtspräsident in Elmberg a. L., ist zum Senatspräsidenten am Kammergericht in Berlin ernannt worden.

Vor der Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens. Der deutsche Minister für Wiederaufbau Dr. Rathenau hat sich nach Wiesbaden begeben, um dort die letzten Verhandlungen mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur über das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen zu führen. Die Zustimmung der beiden Regierungen zu den Grundzügen der Abmachungen liegt bereits vor. Es wird nur ein deutsches und ein französisches Exemplar von beiden Wiederaufbauministern unterzeichnet werden. Im allgemeinen kann man die Abmachungen als gesichert betrachten. Ihre Bewirkung hängt nur von der Zustimmung der Reparationskommission ab, die bisher noch keinen Entschluß gefaßt hat. Das Wiesbadener Abkommen soll dem Reichstag nicht zur Genehmigung vorgelegt werden, weil es nach Auffassung der Reichsregierung keine neuen Verpflichtungen des Reiches enthält. Im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten stellte der Reichsjustizminister Dr. Schiffer ausdrücklich fest, daß sich das Wiesbadener Abkommen Rathenau-Loucheur innerhalb des Rahmens des Friedensvertrages halte.

Die Hilfsaktion für Oppau. Der sächsische Landtag beschloß zur Änderung der durch das Explosionsunglück in Oppau entstandenen Not 100 000 Mark zu bewilligen. — Der Münchener Stadtrat genehmigte für die Opfer von Oppau einstimmig 100 000 Mark. Die Sammlung der Münchener Neuesten Nachrichten für Oppau hat bereits 400 000 Mark überschritten. — Die holländische Firma Pierson u. Co. in Amsterdambam stiftete für die Opfer des Oppauer Unglücks 100 000 Mark.

Die Steuern der Hohenzollern. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, ob ihr bekannt sei, daß die Hohenzollern trotz der Aufhebung ihrer Steuerfreiheit in den Jahren 1919, 1920 und 1921 keine Steuern bezahlt haben. An das Preussische Finanzministerium wird die Frage gerichtet, was diese Behörde, die für die Aufsicht über die Verwaltung des beschlagnahmten Hohenzollernvermögens verantwortlich ist, getan hat, um den Eingang der geschuldeten Steuerbeträge sicherzustellen.

Kerze und Krankenkassen. Ein Gesandtschaftsbericht zur Regelung der Beziehungen zwischen Kerzen- und Krankenkassen soll in Kürze dem Reichstag vorgelegt werden. Bereits im Frühjahr dieses Jahres hat im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Vertretern der großen Kerzenorganisationen und der Kerzenverbände stattgefunden. Ein damals eingesetzter Ausschuß hat inzwischen gewisse „Grundzüge“ aufgestellt, an Hand deren nunmehr eine zweite entscheidende Besprechung der beteiligten Kerzen- und Kassenverbände im Reichsarbeitsministerium herbeigeführt werden soll.

Erzählungen Mollats über den Kriegsausbruch veröffentlicht der Theodor Rudolf Steiner in Paris

Völkerverbund und Abrüstung.

Frankreichs „moralische“ Abrüstung.

Die Genfer Völkerverbundversammlung hat eine Reihe von Entwürfen zur Frage der Abrüstungsbeschränkungen angenommen, ohne jedoch damit den eigentlichen Kern des Abrüstungsproblems zu erfassen. Die Beschlüsse beschränken sich lediglich auf Anregungen; so soll z. B. geprüft werden, wie man am besten bei der Verwendung von giftigen Gasen und dem illegitimen Waffenhandel entgegenzutreten könne. Ferner wurde der von der letzten Versammlung ausgesprochene Wunsch, der sich gegen die Vermehrung der Rüstungen richtet, wiederholt, wie auch die Forderung nach Ermittlungen über den gegenwärtigen Stand der Rüstungen in den einzelnen Ländern. Endlich wurde ein Kommissionsantrag angenommen, der vom Völkerverbundrat die Ausarbeitung eines Planes für Abrüstungsbeschränkungen verlangt. Alle diese Beschlüsse bedeuten mehr oder weniger Zukunftsmusik. Anstatt einen festen allgemein verbindlichen Termin für den Beginn der Abrüstung und feste Richtlinien für die Höhe der Rüstungsausgaben festzusetzen, hat man die ganze Frage auch diesmal wieder auf die lange Bank geschoben.

Im Mittelpunkt der Genfer Beratungen stand eine Rede des französischen Delegierten Roblemaire, in der er den französischen Standpunkt zu dem Abrüstungsproblem, der sich im letzten Jahre und seit den Friedensverhandlungen in Paris nicht verändert habe, darlegte und als Voraussetzung für eine spätere Abrüstungspolitik die völlige Durchführung der Abrüstung bei den durch die Friedensverträge dazu gezwungenen Nationen und die Organisation des Kontrollrechts forderte. Das Abrüstungsproblem kann, so erklärte der französische Delegierte unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung, nicht besser als an einem konkreten Beispiel beleuchtet werden, und zwar an dem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Warum soll es unmöglich sein, so rief der Redner aus, daß in Zukunft Frankreich lebt, aber auch Deutschland lebt? Warum soll neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht ein freies Deutschland leben können? Roblemaire glaubt, daß dieses Ziel zu verwirklichen ist, wenn Frankreich die notwendigen Wiedergutmachungen, die notwendigen Sicherheiten durch eine vollständige und lokale Ausführung des Friedensvertrages, die die wesentliche Grundlage des Völkerverbundes selbst bilden, erhalten hat. Diese Sicherheiten seien heute noch nicht vollständig erreicht. Zwar seien die materielle Abrüstung Deutschlands und die Ablieferung der Waffen so gut wie vollzogen. Aber die Möglichkeit neuer Rüstungen sei noch nicht beseitigt, so daß die Fortführung der bisherigen Kontrolle nicht überflüssig sei.

Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Roblemaire die Forderung moralischer Abrüstung, die wichtiger sei als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich diese moralische Abrüstung in Frankreich bereits vollzogen. Wie steht es mit Deutschland? Die Welt wisse nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abrüstung der Geister und der Herzen vollzogen hat, oder aber sie wisse zu gut, daß sie auch auf starke Widerstände stößt. Der Redner spricht von dem Gegensatz zwischen den Junkern und der Demokratie in Deutschland und erklärt dann, die Sicherheit Frankreichs sei erst an dem Tage gewährleistet, an dem die deutsche Republik unbestritten sei und sich fester demokratischer Einrichtungen erfreue.

Die Wohnungssteuer.

Neben dem Steuerproblem und der Walfahrtfrage nimmt vor allem die Wohnungsfrage das Interesse staatsbürgerlicher Kreise in Anspruch. Jeder einzelne Staatsbürger hat ja seit Jahren mehr oder weniger unter den unhaltbaren Zuständen im Wohnungswesen zu leiden. An Vorschlägen zur Beseitigung der Wohnungsnot hat es nie gefehlt. Allein bisher hat man sich nirgends zu einer tatkräftigen Aktion aufraffen können. Es blieb stets bei unzulänglichen Maßnahmen, durch die die traurigsten Erscheinungen vielleicht etwas gemildert, das Wohnungsleben an sich aber nicht beseitigt werden konnte. Die Behebung der Bauaktivität kann uns einzig und allein Rettung bringen. Bisher hat die Regierung mit Baukostenzuschüssen den Wohnungsbau zu fördern gesucht, doch ist bei den heutigen Finanzierungsverhältnissen war und ist diese staatliche Hilfe ungenügend, sie reicht nicht hin und her. Größere Summen kann das Reich aber angesichts seiner traurigen Finanzlage nicht beisteuern, die Mittel müssen vielmehr durch neue Steuern von der Allgemeinheit aufgebracht werden, wenn wir überhaupt endlich aus der Wohnungsnot herauskommen wollen.

Im Juni ds. Js. hat der Reichstag bereits ein Gesetz angenommen, wonach zur Förderung des Wohnungsbaues eine Abgabe in Höhe von 5 v. H. des Nutzungswertes erhoben werden soll. Aber auch das Erträgnis dieser Mietsteuer genügt bei weitem nicht, um die nötigen Mittel für eine großzügige Lösung des Wohnungsproblems bereitzustellen. Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen ist daher ein demokratischer Antrag eingegangen, der eine wesentliche Erhöhung der Mietsteuer vorschlägt. Von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, soll nach dem Antrage für die Rechnungsjahre 1921 bis 1941 eine Abgabe lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung erhoben werden. Die Einkünfte aus der Abgabe sind in erster Linie zur Finanzierung von Wohnungsbauten bestimmt, welche nach dem 1. Ok-

toder 1920 begonnen sind. Weiter schlägt der Antrag vor, daß in den Rechnungsjahren 1922 und 1923 die Mietsteuer je 110 Prozent des Nutzungswertes betragen soll, während, wie bereits oben erwähnt, das Gesetz vom 26. Juni ds. Js. nur eine Abgabe von 5 Prozent des Nutzungswertes vorschreibt. Die Regierung sprach sich gegen eine solche immense Erhöhung der Abgabe aus.

Der Reichstagsausschuß nahm schließlich einstimmig eine Entschließung an, die die Reichsregierung zu ersuchen, 1. anzustreben, daß in den Jahren 1922 und 1923 mindestens je 200 000 Wohnungen erbaut werden und 2. zur Deckung der unrentablen Bautkosten in den Jahren 1922 und 1923 von den Ländern und Gemeinden mindestens je sechs Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck soll das Wohnungsabgabengesetz vom 26. Juni weiter ausgebaut werden. Sollte es nicht möglich sein, für das gesamte Reich die Bautkosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgabe aufzubringen, so ist es nach Ansicht des Reichstagsausschusses den Ländern zu überlassen, ob sie neuen Einnahmen unmittelbar zu Zuschüssen oder zur Verzinsung und Tilgung der notwendigen Beträge Verwendung finden.

Schließlich empfiehlt der Wohnungsausschuß der Reichsregierung, weitere Einnahmen für den Wohnungsbau durch Erlassen neuer Quellen und durch Leistungen der Industrie und Landwirtschaft zu erschließen.

Sehe der Regierung wird es nun sein, diese Vorschläge weiter ausarbeiten und dafür Sorge zu tragen, daß der Wohnungsbau endlich einmal beschleunigt und damit das Wohnungsleiden erfolgreich bekämpft werden kann.

Soziales.

Erweiterter Schutz der Kleinrentner beim Notopfer. Nach § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer sind bei einem steuerbaren Vermögen von nicht mehr als 150 000 Mark bei Abgabepflichtigen im Alter von 45 bis 60 Jahren ein Viertel und bei solchen im Alter von über 60 Jahren ein Drittel des steuerbaren Vermögens bis zu 50 000 Mark abzuziehen, wenn der Abgabepflichtige am 31. Dezember 1919 kein Recht auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge hatte. Diese Vergünstigung findet nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 19. August 1921 auch Anwendung, wenn diese Abgabepflichtigen am 31. Dezember 1919 ein Recht auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge hatten, sofern am Stichtage der Jahresbezug der Bezüge 1000 Mark nicht überstieg und das steuerbare Vermögen zu mindestens vier Fünfteln aus Kapitalvermögen bestand.

Lohnkämpfe. Die Belegschaft der Höpster Farbwerke hat die Vereinbarungen der Gewerkschaftsvertreter mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie mit 5880 gegen 648 Stimmen abgelehnt. In Braunschweig sind die Transportarbeiter wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. In Bremen haben die Arbeiter der A.-B. Weser mit großer Mehrheit die Beendigung des seit sieben Wochen dauernden Streiks beschlossen.

Locales.

Ein Brief eine Mark. Die Reichspostverwaltung kündigt eine weitere Erhöhung der Postgebühren auf das Postfach des Friedenspreises an. Danach sollen Postkarten im Ortsverkehr 50, nach dem Reich 75 Pfg. kosten, Telegramme 50 Pfg. je Wort, Briefe 1,00 bis 2,00 Mark je nach Gewicht und Bereich, Pakete 4 bis 6 Mark. Begründet wird diese ungeheure Steigerung damit, daß die Reichspostverwaltung ein Defizit von 2 Milliarden 45 Millionen aufzuweisen hat. Der Beirat der Postverwaltung wird angesichts dieses Defizits kaum einen nennenswerten Abstrich an diesen Gebühren erzielen können.

Warnung vor der Auswanderung nach Brasilien. Aus Taquara, Rio Grande do Sul, Brasilien, schreibt ein deutscher Ansiedler, der bereits über 25 Jahre im Lande ist, u. a., daß die dortigen Verhältnisse so schlecht seien, daß zur Auswanderung nicht zu raten sei. Die meisten der neu eingewanderten Deutschen böten ein recht trauriges Bild. Die Arbeitssuchenden würden von den ansässigen Deutschen nur sehr ungern beschäftigt, da die letzteren damit bereits recht traurige Erfahrungen gemacht hätten. Es müßte eben bei bescheidenen Löhnen recht tüchtig gearbeitet werden. Das Kolonistenleben habe auch Schattenseiten. Vor der Arbeit auf den Kaffeepflanzungen müßte gewarnt werden — die ansässigen Deutschen bezeichneten die Kaffeepflanztagelöhner nur als weiße Sklaven. Auch die kleinen Geschäftsleute und Handwerker seien bei weitem nicht mehr so gut daran, wie vor dem Kriege, da die Steuern sehr gestiegen seien; viele hätten ihr Geschäft bereits aufgeben müssen. Ganz besonders müßte vor einer Auswanderung nach Brasilien ohne genügende Geldmittel gewarnt werden.

Aus Stadt und Land.

Ein Denkmal für Palestrina. In Palestrina, der Geburtsstadt des großen italienischen Komponisten, dessen Tonstücke auch in Deutschland zu den beliebtesten der Musikliteratur zählen, wurde ein Denkmal von Pierluigi Palestrina enthüllt. Als Vertreter des Königs und der Regierung nahm Unterstaatssekretär Rosabi, als Vertreter des Papstes der Bischof von

Palestrina, Kardinal Bannuti, an der Feier teil. In seiner Ansprache betonte Rosabi, das Gedenken des Königs gebe dem Tage die Bedeutung einer vaterländischen Feier, und der Vater der Gläubigen spende dem Fest seinen Segen. Bannuti segnete die Menge, die der Feier beiwohnte, im Namen des Papstes. Der Festakt wurde von Palestrinascher Musik eingeleitet. Nach der Feier geleiteten der Unterstaatssekretär und die Vertreter der italienischen Behörden den Kardinal unter den Klängen der italienischen Nationalhymne zum bischöflichen Palast.

Wien. Trotz der weit vorgeschrittenen Bergsteigerzeit laufen noch Unglücksbockschafften aus dem Hochgebirge ein. Am großen Geiger verunglückte der Student Franz Weisshaupt aus Karlsruhe tödlich. Am Pateriol verunglückte der Kaufmann Meier aus Königsberg. Alle letzten Opfer der Berge wurden durch eine äußerst gefährliche Bergungsexpedition von 18 Mann nach St. Anton gebracht und dort begraben. Durch Loslösung eines Felsblocks fanden Richard Alessandri und der Chemiker Kockeis den Tod. Idor Brusa verunglückte beim Pilzsuchen tödlich. Der Bergführer Rimmel verunglückte an der Weiskugel durch Sturz in eine Gletscherspalte. Bei der gefährlichen Heimbringung des Bergbeutes auf den abschüssigen Wiesen — Gemsgärten des Hochgebirges — stürzte Leo Gutheiny aus Nesselwängle zu Tode. Die Leiche des im Deptale verunglückten Professore Dr. Karl Hopfgarten konnte trotz wiederholter Expeditionen der besten Kletterer des Alpenklubs und zahlreicher Bergführer noch immer nicht gefunden werden. Auch von den nun seit Monaten vergeblich gesuchten, im Salzkammergut auf mysteriöse Weise verschwundenen Touristen Fischer, Alexander, Stork und Roskoshony konnte bisher keine Spur entdeckt werden. Nur der fünfte dort vermisste Tourist Ribary wurde im Mühlbache bei Hallstadt tot geborgen. Die Zahl der Opfer der Berge beträgt in diesem Sommer bereits 87.

Eine Frucht der Schuldliteratur. Am Morgen des 6. Juni fand die Witwe L. in Lautenbach bei Weithain auf ihrem Hausflur einen handgroßen Pappdeckel, der offenbar unter der Haustüre hindurchgehoben war, und auf diesem Pappdeckel war folgendes zu lesen: „Du legst heute abend 300 M. in das Fenster hinter dem Aborte. Wenn du es nicht tust, dann werde ich bei dir eindringen, dir die Hühner und Gänse und alles Geld stehlen und dich ermorden und das Haus anzünden. Sage hiervon keinem Menschen etwas, auch nicht der Polizei und verbrenne dies sofort. Wenn dir dein Leben lieb ist, dann lege das Geld in das Fenster, wo es abgeholt wird.“ Die alte Frau ließ sich aber nicht bange machen, sie erstattete Anzeige, und als Täter wurde der 16-jährige Bäckereilehrling Paul Arno Brettschneider festgestellt. In der Verhandlung vor der 3. Strafkammer des Leipziger Landgerichts gab Brettschneider den Erpressungsversuch unumwunden zu. Auf die Frage, wie er auf den Gedanken gekommen sei, erklärte er, er habe viele Verbrecherromane gelesen, und darin seien solche Geschichten öfters passiert. Das Geld hat er haben wollen, um austreten und in die weite Welt gehen zu können. Wie er angab, hat er bei seinem Lehrmeister wenig freie Zeit gehabt, ebenso pagte es ihm auch nicht, daß er kein Taschengeld bekam. Die Witwe L. hat er sich deshalb herausgesucht, weil er angenommen hat, die alte, alleinstehende Frau werde aus lauter Angst seiner Aufforderung sofort nachkommen und das Geld an der bezeichneten Stelle niederlegen. Das Gericht berückichtigte strafmildernd, daß der Angeklagte Brettschneider im noch sehr jugendlichem Alter steht und offenbar ein Opfer der Schuldliteratur geworden ist, dagegen fiel straffördernd ins Gewicht, daß er im Januar wegen Diebstahls zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden mußte. Allerdings erhielt er Bewährungsfrist zugestanden, die jedoch jetzt in Wegfall kommt. Das Urteil gegen den Angeklagten Brettschneider lautete auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Zeitungen, die ihr Erscheinen einstellen. Die in Greiz im 21. Jahrgange erscheinende, erst bürgerliche, dann mehrheitssozialdemokratische und zuletzt wieder bürgerliche Tageszeitung hat ihr Erscheinen eingestellt. — Die Eisenburger Zeitung hat mit dem 1. Oktober ihr Erscheinen eingestellt.

Wie werde ich Schwiegermutter? NB. nicht in dem Sinne, daß ich meine Tochter unter die Haube bringe, sondern daß ich mir Liebe und Zuneigung meines Schwiegerjohnes erringe. Die Frage wird in Amerika, offenbar aus einer analogen Stellung zur Schwiegermütterlichkeit, wie sie bei uns die „fliegenden Wätter“ geschaffen haben, ernstlich ventilert, und ein Universitätsprofessor von drüben hat zu ihrer Lösung eine — Hochschule für Schwiegermütter vorgeschlagen. Behandlung brieflich, natürlich, 24 Lektionen zu einem Dollar das Stück, bei Vorausbezahlung des ganzen Kurses 5 Prozent Rabatt; Garantie: bei Nichterfolg Geld zurück. Eine englische Zeitung glossiert den echt amerikanischen Vorschlag launig in Form des Dankbriefes einer „behandelten“ Schwiegermutter, die mit Tränen und Nahrung berichtet, wie sich schon nach der ersten Lektüre das Benehmen ihres Schwiegerjohnes sichtlich gewandelt, wie er sie nach der zweiten zärtlich gestreichelt und ihr nach Ablauf des ganzen Kurses eines Abends in seinem und im Namen seiner Frau ihre ganzen bescheidenen Ersparnisse aus purer Erkenntlichkeit aufgedrängt habe, damit sie — sofort! — für 5 oder 10 Jahre auf Weltreisen gehen könne. . . .

Die neue Volkshymne für Oesterreich. Ottokar Kernstock, der in den nächsten Tagen sein 50-jähriges Priesterjubiläum begeht, hat einen neuen Text zur habsburgischen Volks-

hymne gedichtet. Der Name des feinsinnigen und zugleich hochkultivierten, alpenländisch bodenständigen Dichters Otho Kernstock steht hier unter Strophen, die nach der Schönheit ihrer Sprache und der Einfachheit des sich doch von jeder Banalität fernhaltenden Inhalts gleich eindrucksvoll sind. Es wäre ein großes Verdienst Kernstocks, wenn durch dieses Gedicht die Japanische Hymne wieder zu Ehren kommen könnte:

Sei gesegnet ohne Ende,
Deutsche Heimat, wunderhold!
Freundlich schmücken dein Gelände
Lannengrün und Aehrengold.
Deutsche Arbeit, ernst und ehrlich!
Deutsche Liebe, zart und weich,
Vaterland, wie bist du herrlich!
Gott mit dir, Deutschösterreich!
Keine Willkür, keine Knechte,
Offne Bahn für jede Kraft!
Gleiche Pflichten, gleiche Rechte!
Frei die Kunst und Wissenschaft!
Starken Mutes, festen Blickes,
Trotzend jedem Schicksalsstreich,
Steig' empor den Pfad des Glückes,
Gott mit dir, Deutschösterreich!
Osterland bist du geliebte
Und von Osten kommt das Licht,
Nacht und Finsternis zerreißen,
Wenn es durch die Wolken bricht.
Seht verklärten Angesichtes
Den ersehnten Tag vor euch!
Land der Freiheit, Land des Lichtes,
Gott mit dir, Deutschösterreich!

Radium als Reisegepäck. Wie bereits aus London berichtet wurde, traf vor einigen Tagen auf dem dortigen Victoria-Bahnhof der Oxford Radiumforscher Professor Soddy ein, der aus der Tscheco-Slowakei die erste Radiumsendung seit 1914 nach England brachte. Eine englische Gesellschaft, die Imperial and Foreign Corporation of London, hat bekanntlich vor kurzem mit der tschecho-slowakischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, wonach Radium aus den Joachimsthaler Gruben der Gesellschaft gegen eine Leihgebühr überlassen werden wird, und die Gesellschaft wird einzelne Emanationen zu Heil- und anderen Zwecken den in Frage kommenden Interessenten weitervermieten. Prof. Soddy brachte nun die erste Sendung Radium im Werte von etwa 70 000 Pfund Sterling nach London unter Vorkehrungsmaßnahmen, wie sie der Wert und die schwierige Ersehbarkeit dieses „Reisegepäcks“ erforderlich machten. Das Element war in einem verbleibenden dreijährigen Metallbehälter verpackt, der in einen starken Keimenschlauch eingewickelt war. Das Radium selbst befand sich in 9 Glaskapseln, die in leitungsstarke Umhüllungen eingewickelt waren. Der Gelehrte reiste von Prag aus als königlicher Kurier in Begleitung von Aufsichtspersonen in einem Separatwagen und auf dem Schiffe in einem von allen anderen Reisenden abgetrennten Kajütenraume. Während der Fahrt wurde das Radium unausgesetzt bewacht. Trotz der geschilderten sorgfältigen Verpackung ist es nach englischen Zeitungsberichten nicht ganz sicher gestellt, ob die Verpackung ausreichend war, um den Ueberbringern den erforderlichen gesundheitlichen Schutz vor den Radiumwirkungen des Elements zu bieten. Bei seiner Ankunft in London erklärte Professor Soddy zwar, daß er sich vollkommen wohl fühle, doch da sich eventuelle Radiumwirkungen erst nach 2-3 Wochen zeigen, wird sich erst später feststellen lassen, ob die Reise für die Beförderer des Radiums ohne die Folgen verlaufen ist. Die kostbare Sendung wurde vorerst in einem feuerfesten Schranke der Foreign Office in London deponiert.

Gegen konfessionelle Verheerung.

(dek.) Der Hauptverein Baden des Evangelischen Bundes beschloß folgende Kundgebung an seine Zweigvereine und Mitglieder: „Auf einer am 1. September in Karlsruhe abgehaltenen Versammlung des Zentrums und der katholischen Vereine erhob in Anwesenheit von Mitgliedern der Staatsregierung Rechtsanwalt Dr. Baur von Konstanz gegen den Evangelischen Bund die schwere Anschuldigung, daß die intellektuellen Urheber des Nordens an dem Abgeordneten Erzberger in den Kreisen des Evangelischen Bundes zu suchen seien. Es ist selbstverständlich, daß wir als evangelische Christen die Mordtat aufs schärfste verurteilen. Um so entschiedener aber müssen wir diese durch nichts begründete Beschuldigung als unerhörte Verleumdung zurückweisen. Wir bedauern aufs tiefste, daß in einer Zeit politischer Hochspannung in unverantwortlicher Weise die konfessionelle Leidenschaft des katholischen Volksteils aufgepeitscht wurde, wie es der folgende Beifall beweist, den jene Verheerung fand. Trotz diesem erneuten Angriff bitten wir unsere Glaubensgenossen, den Frieden zu wahren und das Gemeinsame zu pflegen.“

Sport und Verkehr.

Der 1. F. C. Nürnberg fertigte in Nürnberg den türkischen Fußballmeister Galata-Serail-Konstantinopel überlegen mit 8:0 ab.

Wie aus Madrid gemeldet wird, ist der Bau des Kanals von Malaga nach Melilla zu Ende geführt. Sehr bald wird auch das Kabel von Algeiras nach Ceuta fertig sein.

Vereine und Versammlungen.

Das Deutsche Museum in München. Aus Anlaß der Jahresversammlung des Deutschen Museums in München fand eine Ausschusssitzung statt, zu der außer angesehenen Vertretern von Wissenschaft, Technik, Kunst, Industrie und Handel für die Reichsregierung Staatssekretär Seiwald erschienen war. Der Schöpfer des Museums Oskar v. Miller gab der Freude über die Förderung und Unterstützung des Museumsbaues durch das Reich und die bayerische Regierung Ausdruck. Das Museum soll in drei Jahren fertig werden. Seit der letzten Tagung ist dem Museum eine große Zahl wertvoller Geräte, Instrumente und Stiftungen zugegangen. Die Stiftungen in Geld belaufen sich auf 7 1/2 Millionen. Der Redner dankte allen Spendern und Gönnern, durch deren Opferförmigkeit jetzt 24 Millionen für Bauzwecke zur Verfügung stehen.

Tagung der Bodenerformer, Auf der in Bres-

lau jetzt eröffneten Tagung der deutschen Bodenerformer machte der Vertreter der Regierung, Ministerialrat Krüger interessante Mitteilungen. In einer wichtigen Besprechung beim Reichsarbeitsminister sei die Inangriffnahme einer besonderen Siedlungsaktion sowie die Gründung eines gemeinnützigen Siedlungsunternehmens für Oberschlesien beschlossen worden. Die Neubegründung von Landarbeiter- und Bauernstellen, Vergrößerung kleinerer Betriebe und Bau von Wohnungen für die Bergleute sollen in Oberschlesien nach denselben Grundsätzen wie sonst im Reich, jedoch mit besonderer Beschleunigung und Nachdruck in Angriff genommen werden.

Pädagogisch-wissenschaftliche Herbstwoche. In Wiesbaden wurde unter starkem Andrang und in Gegenwart des preussischen Kultusministers Dr. Becker die pädagogisch-wissenschaftliche Herbstwoche eröffnet, die erste Veranstaltung des Berliner Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht im besetzten Gebiet.

Meine Nachrichten.

Der Papst sandte dem Jesuitenpater Giese, dem früheren Vorsteher der vatikanischen Bibliothek, zu dessen diamantenen Priesterjubiläum seine Glückwünsche und den apostolischen Segen.

In Aitona wurde in einer Versammlung aller in der Fischindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Streik beschlossen.

Wie aus Rom gemeldet wird, ist dort „aus nichtigen Gründen“ der Generalstreik proklamiert worden.

Der Schaden, der durch den Brand in dem Pariser Warenhaus De Printemps entstanden ist, wird auf 40 Millionen Franks beziffert.

In der Zeit vom 16. bis 23. Oktober findet eine allgemeine Frauenwoche zugunsten des oberösterreichischen Hilfsvereins statt.

Guido Lang, eine bekannte Persönlichkeit in der Geschichte Oberammergaus und seines Passionsspiels während der letzten Jahrzehnte, ist, 65-jährig, in Weithelm gestorben.

Schicksalsfaust.

Roman von Leopold Sturm.

(47. Fortsetzung.)

Er trat zurückweichend mit dem Kopfe. Erwiderte sagte er: „Du bist gewiß eine ebenso kluge Frau, wie eine gute Mutter, und doch triffst du nicht das Richtige.“ Sie drohte lächelnd mit dem Finger. „Ich weiß, was ich weiß. Ich habe noch sehr gute Augen, und niemand kann sich weigeren vorstellen, als verlöre ich die Augen, zu denen auch du gehörst, mein großer, kluger, übergeschiebter und doch so dummer, dumme, lieber Max.“ Sie lachten plötzlich beide herzlich zusammen. Endlich hatte er sich reißlich überlegt, was er der Mutter antworten sollte.

„Also, jetzt will ich ganz ehrlich mit dir reden, beste Mama. Es stimmt wohl, daß ich für Ernestine schon wärmer empfand, als ein guter Freund, als ich noch hoffte, daß Franziska meine Frau werden würde. Und ich bin der lieben und herzensguten Dame noch heute so ergeben, daß ich fast sagen möchte, ich liebe sie. Ich weiß, sie ist ein Kleinod, das zu erringen, sich jeder Mann glücklich schätzen kann.“

„Aber, du Feier, weshalb entschließt du dich denn nicht, und gibst ihr zu verstehen, wie dir ums Herz ist? Du bist doch auch nur ein Mann und mußt dich nach deinen eigenen Worten glücklich schätzen, sie zu erringen. Nicht wahr?“

„Bei mir liegt die Sache doch noch etwas anders, Mama.“

„Dann verlese dich, wer kann,“ antwortete Frau von Brandhaus kopfschüttelnd.

„Ich will dir auch das letzte sagen, Mama, worüber ich mir am liebsten klar geworden bin. Also verzeih mir, Frau Ernestines Gatte, der im Kriege gefallen war, Felix Wendau, war mein Gegner, er war ein Mann, den ich nicht achten konnte. Sie wußte das, und sie hat ihm doch die Hand gereicht. Wahrscheinlich wohl auf Jurenden ihrer Tante. Aber sie hat es getan, und darüber kann ich nicht fort. Das ist es, was mich abhält, mich ihr zu erklären.“

Frau von Brandhaus schlug in komischem Entsetzen die Hände über dem Kopfe zusammen.

„O ihr Männer,“ rief sie dann, „was seid ihr doch für selbsttätige Leute. Den Splitter im Auge eurer Mitmenschen sehr ihr ganz genau, aber auf den Balken im eigenen Auge habt nicht acht. Du wirst also Frau Ernestine vor, daß sie dem Dr. Felix Wendau die Hand reichte, weil du ihn nicht für ehrenhaft erachtetest. Ja, bester Max, weil Felix Wendau dir nicht behagte, konnte er doch für andere Menschen ein sehr annehmbarer Mann sein. Und du kannst doch wirklich von einem jungen Mädchen nicht verlangen, daß sie dem Sohn eines Millionärs beizutreten einen Korb gibt, da du nie daran gedacht hast, sie um ihre Hand zu bitten. Max, nimm es mir nicht übel, da kann auch ich nicht mit. Der junge Wendau kann sich ja unter dem Einfluß seiner jungen Gattin zu seinem Vortell geändert haben.“

„Ich kann von meiner Ueberzeugung nicht abgehen,“ murmelte Max.

Seine Mutter gab die Hoffnung, ihn umzustimmen, doch noch nicht auf. Sein Verhalten war ja nichts als Eigenfinn.

„Max,“ sagte sie, „laß einmal die Vergangenheit, die doch nun abgeschlossen hinter euch liegt, ruhen und halte dich an die Gegenwart. Ich habe gehört, und Ernestine hat es mir auf mein Befragen bestätigt, daß sie die Erbin des Geheimrats Wendau ist, der ihr für ihre persönliche Zukunft gar keine bindenden Bedingungen auferlegt hat. Was das bedeutet, brauche ich dir nicht erst weiter zu sagen. Daß du um des Geldes wegen keine Frau heiraten wirst, weiß ich, immerhin ist eine Million nicht zu verachten. Und Ernestines Hand schickst dir zugleich ein wichtiges und gemeinnütziges Lebenswerk in der Leitung der Werke des verstorbenen Geheimrats.“

Ihre Worte machten aber nicht den Eindruck, den die alte Dame zu erzielen hoffte. Fast abweisend kam es über die Lippen ihres Sohnes: „Ich will nicht der Mann meiner Frau sein, Mama. Von mir soll niemand denken, geschweige denn auch nur sagen, daß ich eine sogenannte gute Partie habe machen wollen. Sprechen wir also nicht mehr davon.“

Auch Frau von Brandhaus schlug. Aber aus ihren sonst so milden und gütigen Zügen war zu erkennen, daß sie mit ihrem Sohne ernstlich ärgerte.

Trotz seiner Ermüdung schloß Max von Brandhaus in dieser Nacht wenig. Die Worte seiner Mutter über Ernestine Wendau wollten ihm nicht aus dem Sinn. Nicht, was die Mutter über den Reichtum der jungen Frau, über ihre Erbschaft gesagt hatte, bewegte ihn jetzt sonderlich, wenn er auch ein Eingehen darauf schroff abgelehnt hatte, aber daß Ernestine ihn lieben sollte, das war es.

Und noch mehr, daß er sie wieder lieben sollte... War dem so? Er hielt den Atem an und dachte angestrengt nach. Er hatte sich so in der Gewalt, alle seine Gefühle und Empfindungen derartig seiner Billigt unangeordnet, daß er fast laut in die Nacht hinausrief: „Nein, ich liebe sie nicht so, daß ich es nicht ertragen würde, sie zu missen. Sie kann mir wohl mein künftiges Leben verschonen, aber es nicht ausfüllen. So liebe ich sie nicht.“

Aber während es ihm im ersten Augenblick war, als habe er einen Sieg über sich selbst errungen, auf den er stolz sein konnte, ward er nachher bei ruhigerem Nachdenken doch schon wieder anderen Sinnes.

„Du redest aus Eigenfinn und Eiferfucht,“ so hatte seine Mutter gesagt. Und er merkte es, jetzt, wo er sich zum Entschließen entschlossen hatte, daß etwas daran war. Und seine Eiferfucht ohne Liebe.

Das war es schließlich immer wieder, er kam nicht darüber fort, daß Ernestine sich hatte entschließen können, Felix Wendaus Frau zu werden.

Das war's... Mit müdem, und gequältem Kopfe schloß er endlich ein.

Und Ernestine Wendau ging es in diesen Stunden nicht anders. Nur, daß sie nicht darüber gegrübelt hatte, ob sie Max von Brandhaus aufrichtig liebe.

Das hatte sie schon vor fünf Jahren, vor dem großen Kriege gewußt. Und manche heiße Träne war damals ihren seelenvollen Augen entrollt, daß er für sie nicht mehr als ein Freundschaftsgefühl hatte. Aber sie hatte sich mit dem Verzicht auf die Erfüllung ihrer Hoffnungen abfinden müssen, denn er hatte in Franziska von Hohenfels eine vornehme, reiche und schöne Braut.

Die bittersten Tränen ihres jungen Lebens hatte sie an jenem Morgen gemeint, als sie in der Zeitung las, daß der Minister von Hohenfels aus seinem Amte geschieden sei, weil seine Tochter den Prinzen Erich von Darnstein heiraten wollte.

Damals war Max von Brandhaus frei geworden, aber er hatte das Haus ihrer Tante, der Majorin Hollweg bereits verlassen gehabt. Und sie selbst, Ernestine, hatte auf Jurenden ihrer Verwandten inzwischen dem Dr. Felix Wendau bereits ihre Antwort gegeben. Und wenn sie dies Antwort wieder zurückgenommen hätte, ihm nachlaufen konnte sie doch nicht, sie hatte auch ihren Stolz. Und wußte sie denn, ob er die Franziska gewohntete große Liebe so schnell und innig auf sie, die kleine, unbedeutende Ernestine Hollweg, übertragen haben würde?

Sie wußte auch heute noch nicht, wie sie mit ihm dran war. Einen Moment hatte sie gedacht, aus seinen trüben grauen Augen mehr wie freundschaftliche Sorgfalt, eine zärtliche Zuneigung und Angst leuchten zu sehen, als er sie in der Nacht aus den von den Gewaltmenschen ihr angelegten Banden befreit hatte. Aber dann hatte er sich wieder in den Grenzen seiner freundschaftlichen Teilnahme, die er ihr immer gezeigt hatte, gehalten. Kein einziges hinreichendes Wort, kein fortweisender, ihr sein Inneres enthüllendes Blick.

Freilich, es war ein Trauertag in ihrem Hause durch den Tod des Kommerzienrates gewesen. Und diesem Anlaß hatte er ihr, der Alleinstehenden, ein Heim bei seiner Mutter angeboten, bei dieser milden und gütigen Frau, aber er hatte nicht hinzugefügt: „bis ich dich hole in mein eigenes Heim!“

Und er hätte vielleicht diese Einladung nicht einmal ausgesprochen, wenn er gemerkt hätte, daß sie die Erbin des Geheimrates sein würde. So rang sie in Zweifel.

Die Befragung der sterblichen Ueberreste des Geheimrats Wendau war vorüber. Bei der Trauerfeier hatte der erste Direktor seiner Werke die Erbin geführt, mit Max von Brandhaus hatte die über die Wachen in Anspruch genommene Ernestine nur einige wenige Worte wechseln können. Sie hatte einen so dringenden Wunsch, mit ihm sich auszusprechen, und hoffte doch kaum noch, daß sich diese Möglichkeit für sie ergeben würde.

Da hat er sie wider Erwarten bei der Beabsichtigung, ihm noch wenige Minuten zu gönnen, um ihr Lebewohl zu sagen. Sie erschraf. Aber dann sagte sie sich: Das konnte ja nicht sein, sie mußte sich verfehlt haben.

Und sie hat ihn, wenn die Trauergäste sich entfernt hätten, in das Arbeitszimmer des Geheimrats zu kommen, wo er in jener Nacht sie unter der Behauptung der seidenen Tischdecke gefunden hatte. Dort wollte sie ihn anhören, was er ihr zu sagen hatte, überdenken.

Im ganzen weiten Hause war es still, und still saßen sich auch diese beiden Menschen einander gegenüber, die in freundschaftlichen Jugendtagen einander angelacht hatten und seitdem ein halbes Jahrzehnt des Lebens Ernst und des schweren Schicksals Haufe kennen gelernt hatten, einander gegenüber.

Wie eine weiße Rose sah sie vor ihm in ihren Trauergewändern, und auch er war blaß. Um seinen fest zusammengepreßten Mund sah sie ein nerobles Zucken, das sie sonst niemals an ihm bemerkt hatte.

„Habe ich Sie recht verstanden, Max?“ fragte sie. „Sie sprachen von Lebewohl sagen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Sie haben hier in Karlsruhe ein großes Arbeitsfeld gefunden, das sich auf dem Vertrauen der ganzen Bevölkerung gründet: Ich kann nicht glauben, daß Sie alle diese Tätigkeit, auf die Sie stolz sein können, aufgeben wollen. Wer bürgt für Ruhe und Sicherheit in der Stadt, wenn Sie fern sind?“

(Fortsetzung folgt.)

Volksbibliothek Dippoldswalde.
Rathaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 18
ist geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags von 7-8 Uhr.